



ANTWORTEN
von
Winne Hermann
(WK Tübingen)



Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

Kompliment: Die Fragen sind zentral, erfordern aber auch komplexe Antworten. Aufgrund der notwendigen Kürze müssen diese allgemein und unvollständig bleiben. Ich bitte um Verständnis.

1. Mein Verhältnis zur Grünen Jugend ist durch und durch positiv. Wir haben immer wieder gut zusammengearbeitet, beispielsweise gegen Studiengebühren. Ich freue mich, wenn die GJ aktiv und selbstbewusst der Partei Denkanstöße gibt. Ich habe die Grüne Jugend von Anfang an unterstützt und begleitet, insbesondere in meiner Zeit als Landesvorsitzender. Seit Jahren habe ich auch eine „Spendenpatenschaft“ auf Bundesebene. Erfreulicher Weise hat mich die Grüne Jugend immer wieder zu Workshops und Landestreffen eingeladen und mir so die Möglichkeit zur direkten Kommunikation und Diskussion gegeben. Da die SprecherInnen immer mal wieder aus Tübingen kommen, gibt es einen regelmäßigen, fruchtbaren politischen Austausch.
2. Die Junge Generation kann und muss sich zuerst selbst vertreten, deshalb unterstütze ich auch die Bundestagskandidatur von Agnieszka Malczak wie auch andere Kandidaturen aus der GJ zu anderen Gremien. Ich bin aber sehr gerne bereit, dabei die GJ bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zu unterstützen.
3. Die Schulen und Hochschulen müssen demokratischer werden. Mitreden, Mitbestimmen und Mitverantworten lernt man da am besten. Wer die Erfahrung gemacht hat, dass es sich lohnt, sich zu engagieren und dass es sogar Spaß macht, der interessiert sich später auch für die „große“ Politik und mischt sich gerne ein.
4. Bei Koalitionsverhandlungen muss man wohl über alle Themen verhandeln, die Frage zielt vermutlich darauf, welche grünen Grundpositionen dürfen wir auf keinen Fall, auch nicht kompromissweise aufgeben. Klimaschutz und Atomausstieg, Friedenspolitik und zivile Krisenprävention, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit, Schutz der BürgerInnenrechte. Der Maßstab für Koalitionen ist für mich, dass wir im Sinne dieser

Grundpositionen Schritte vereinbaren, diese zu erreichen. Auf Kompromisse, die unseren Grundpositionen zuwiderlaufen, sollten wir uns nicht einlassen.

5. Gleichstellung ist eine Daueraufgabe, die in allen gesellschaftlichen Bereichen mit größerem Nachdruck verfolgt werden muss, sei es in den staatlichen Institutionen oder in privaten Betrieben oder in der Familie. Es gilt, immer noch vorhandene Diskriminierungen auf zu decken, Chancengerechtigkeit zu verbessern, Frauen in Führungspositionen zu bringen und die ungerechte Bezahlung von gleicher Arbeit zu beseitigen. Hier sind gesellschaftliche Organisationen genauso gefordert wie die Politik.
6. Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen gesetzlich auf allen Ebenen in allen Bereichen einer Ehe gleichgestellt werden. Ohne Abstriche.
7. Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) ist zwar unterschiedlich zu gestalten, aber die Kriterien der Reform sind die Gleichen: soziale Gerechtigkeit und Demografiefestigkeit. Der Generationenvertrag bei der Altersversorgung muss als gesetzlich geregeltes System erhalten und weiterentwickelt werden. Die Kapitalfinanzierung kann angesichts der weltweiten Finanzmarktkrise keine Alternative, sondern allenfalls ergänzende Finanzierung sein. Das Zukunftsmodell für die Krankenversicherung ist die Bürgerversicherung. Eine für alle! Alle Einkunftsarten (auch aus Vermögen), nicht nur Löhne, müssen zur Finanzierung herangezogen werden. Es gilt, wachsende Ausgabenanteile, die politisch begründet sind (wie beispielsweise Erziehungszeiten) weiter mit Steuermitteln zu finanzieren, damit die sogenannten Lohnnebenkosten die Lohnkosten nicht zu sehr belasten. Sozialhilfe und Arbeitslosengeld sind perspektivisch durch ein steuerfinanziertes Grundeinkommen für jede/n zu ersetzen.
8. Wir müssen vor allem denen helfen, die es sich selbst nicht leisten können, Energie zu sparen und Energie-effiziente Geräte an zu schaffen. So können sie dauerhaft Energiekosten begrenzen. Aus einem großen Energiesparfonds, der gespeist wird aus den Einnahmen aus dem Emissionshandel, soll beispielsweise die energetische Sanierung von Wohnungen gefördert werden, in denen sozial Benachteiligte wohnen. Außerdem sollen daraus Öko-Gutscheine finanziert werden, die beim Kauf von energiesparsamen und energieeffizienten Geräten oder für Energieberatung eingesetzt werden können. Sozialtickets für ÖPNV und für die Bahn sind ebenfalls hilfreich. Der Grundgedanke von allen Vorschlägen ist, helfen Energiekosten zu sparen anstatt Energieverbrauch zu subventionieren.
9. Gerechtigkeit ist vor allem Chancen- und Bildungsgerechtigkeit. Da unser Bildungssystem sozial ungerecht und selektiv ist, muss dies zuerst verändert werden. Besonders benachteiligt sind MigrantInnenkinder. Wir sollten deren Sprach- und Kulturkompetenz für eine europäisch-internationale Zukunft z.B. in internationalen, mehrsprachigen Schulen

fördern. Die Bereitstellung von Plätzen in Kindergarten und Kindertagesstätten wie auch unser Konzept einer integrierenden Schule für alle fördert die soziale Integration und die einzelnen SchülerInnen je nach ihren Begabungen.

10. Die grüne Armee sollte am besten blau werden! Ich stelle mir die Bundeswehr der Zukunft als Friedensarmee vor, die besonders dafür geschult ist, im Auftrag der UN wirkliche Friedenseinsätze (z.B. Blauhelmissionen zur Überwachung von Waffenstillständen, Grenzen etc.), Einsätze zur Krisenprävention und zur Verhinderung von Gewalt und Krieg zu machen. Die SoldatInnen müssten dafür, also zum Frieden-schaffen ausgebildet werden, anstatt zum Schießen. Sie wären eher eine Art internationale Polizei im Auftrag der UN, denn eine Armee eines Nationalstaates